

Nützliche Nachrichten 2/2007

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 7. Februar 2007

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Der nordirakische Status quo

Von Hans Branscheidt

„Peschmerga haben den Grenzübertritt von in Silopi stationierten türkischen Truppen nach Zaxo verhindert. Auch ein zweiter Versuch, über Demirköprü in der Nähe des Grenzübergangs Habur nach Südkurdistan einzudringen, wurde von kurdischen Kräften unterbunden. Daraufhin wurde der Grenzübergang Habur geschlossen, der Treibstoffgüterverkehr von der Türkei nach Südkurdistan unterbrochen. Im Grenzgebiet wurden Kriegsflugzeuge gesichtet.“ (28. Januar 2007)

Die aktuelle Agenturmeldung tituliert den fragilen Status der ersten quasi-staatlichen historischen Realität, die unter dem Namen „Kurdische Regionalregierung“ im Nord Irak Wirklichkeit geworden ist. Die nach der Beseitigung des Baath-Regimes inzwischen auf der Basis einer gemeinsamen Administration der beiden führenden Parteien PUK (Talabani) und KDP (Barzani) eine für Kurden eigenständige Tatsache im Nahen Osten geschaffen hat.

Entfernt von Europa ist diese Realität nicht mehr: Etwas mehr als 3 Stunden Flug genügen neuerdings, um von München oder Düsseldorf aus in Arbil oder Sulaimania zu landen: den Metropolen des Landes, die jahrelang nur unter schwierigsten Umständen erreichbar waren.

Nicht weit entfernt auch ist dieser prekäre Status eines „Freien Kurdistan“ von einer bald denkbaren Katastrophe für die Europäische Union: Die Türkische Republik -vor allem deren Nationaler Sicherheitsrat und die kemalistische CHP-Partei- drohen seit Wochen unverhüllt mit der Absicht der militärischen Invasion in den Nord Irak. Paradox genug: während bei den USA, denen reine Ölinteressen unterstellt wurden, die Tendenz auf militärischem Abzug aus dem Iraq offenkundig ist, beabsichtigt der EU-Beitrittskandidat Türkei, den Besitzanspruch auf die Ölquellen der Kirkuk-Provinz zu reklamieren. Mit dem

fadenscheinigen Argument, dass dort eine minoritäre turkmenische Population existiere.

Kurdistans Kirkuk-Provinz wird derart zum Lackmus-Test für die geläufigen Projektionen in der Planungsabteilung des Berliner Auswärtigen Amtes wie derjenigen der Brüsseler enlargement policy insgesamt: Fungiert Ankara tatsächlich wie erwartet als geostrategischer Garant für Stabilität und Promoter für Demokratie im Nahen und Mittleren Osten – oder wird nicht der blühende Nationalismus der Türkei gerade die EU in Krisen und Abenteuer verwickeln, die sie mit dem Türkeibeitritt glaubte sich vom Halse halten zu können?

Zwei außereuropäische Momente gewinnen dabei erheblichen Einfluß auf die erwartbare Prozeßlogik: die im Auftrieb befindlichen US Demokraten drängen darauf, das Verhältnis Washingtons gegenüber Ankara zu reparieren, das unter den Republikanern schweren Schaden nahm. Diese Absicht korrespondiert neuerdings auch positiv mit den restlichen Nah-Ost-Erwägungen der Bush Regierung, deren aus der Verlegenheit geborene neue Maxime (Tony Corn, „Forget about Clausewitz!“) nunmehr von einem „ethnologischen Einsatz“ der disparaten Kräfte im Nahen Osten redet. Kurz gesagt: „Let's play the Sunni card!“.

Die Favorisierung der sunnitischen Option ist aktuell am Exempel Palästina zu entdecken, wo mit beeindruckender Dynamik eine Regierung Abbas inthronisiert wird, und im Libanon, wo beachtliche Finanzmittel einer sunnitischen Regierung zugeführt werden: oder auch darin, dass unmittelbar nach Dick Cheney's Rückkehr aus Saudi Arabien von dort aus erklärt wird, man werde per Datum des US Rückzugs aus dem Irak massiv die dortigen Sunniten mit Geld und Waffen fördern. Sunniten oder Schiiten? Die neue Ethnologisierung bedeutet allemal nur, die diversen Kräfte gegeneinander in Stellung zu bringen, um sie wenigstens zu neutralisieren, wenn man ihrer selber nicht Herr werden konnte. Die gewisse Bevorzugung der Sunniten aber bedeutet containment gegenüber dem Iran und der schiitischen Achse.

Die Türkei aber ist ein sunnitisches Land – und müßte in solchem Konzept eine Rolle spielen. Was gegen die Kurden geht.

Es war mehr als nur momentaner Unmut, wenn zum Jahreswechsel die Kurden vor Ort und in der Diaspora einheitlich wie selten den zu kurzen Prozeß gegenüber Saddam verurteilten, dessen Todesurteil der kurdisch-irakische Staatspräsident Talabani ohnehin zu unterzeichnen sich geweigert hatte.

Schockhaft aber reagierten kurdische politische Formationen und ihre Öffentlichkeit, als in gezielt gestreuten Verlautbarungen aus Washington plötzlich davon die Rede war, dass fest zugesagte Bevölkerungs-Referendum zu Kirkuk „auszusetzen“. Vom „dritten Verrat der USA an den Kurden“ war die Rede. Und die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK/Kongra Gel), die sich bisher keiner Sympathien bei den nordirakischen Parteien PUK und KDP zu erfreuen wusste, wurde vor allem von den Barzanis unter den patriotischen Schirm genommen.

Intervenierte die Türkei im Nordirak: wird sich der seit Ewigkeiten ausstehende kurdische Vereinigungsprozeß vollziehen. So schafft man Nationalbewusstsein.

Bevor noch das Büro des enlargement Kommissars Olli Rehn sich endlich bequemt, der „Kurdischen Frage“ in der Türkei einen förmlichen Platz innerhalb der accession talks zu versichern, stellt der Nord Irak die Gesamtkurdische-Frage wahrscheinlich blutig auf die EU-Agenda. Der offiziellen Türkei kann das aktuell egal sein: vorerst sind die Beitrittsgespräche auf Eis gelegt. Für ein Jahr. In der Türkei sagen viele: das war Absicht und in Ankara sogar erwünscht. In der Türkei finden nämlich fürs eine Jahr zwei Wahlen statt. Da will man sich EU-Reformen ersparen, Interventionen aber kann man besser planen.

Was aber spricht eigentlich für Kurdistan? Auch und gerade, wenn man nicht völkisch-ethnisch reden mag? Daß dort, in Arbil und Sulaimania, - Städten mit Millionen Bürgerinnen und Bürgern,- die einzige demokratische Realität des Nahen Ostens existiert. Mit einer einigermaßen funktionierenden Pressefreiheit. Mit einem Frauenanteil von 60 % an den Unis. Mit dem staatlich unterstützten Kampf gegen Female Gender Mutilation. Aber wen interessiert das schon? Deutsche materielle Hilfe gibt es dafür nicht.

Ereignis-Kalender

Human Rights Watch zu Vertriebenen

Die türkische Regierung hat Hunderttausende überwiegend kurdische Dorfbewohner trotz eines entsprechenden Gesetzes nicht ausreichend entschädigt, so Human Rights Watch in einem am 14. Dezember 2006 veröffentlichten Hintergrundpapier. Die Dorfbewohner wurden im kurdischen Teil des Landes vertrieben.

Zwar wurde vom türkischen Parlament 2004 ein Gesetz für Ausgleichszahlungen verabschiedet. Demnach sollen Vertriebene gerecht und angemessen entschädigt werden. Die Realität sieht jedoch anders aus. Provinzausschüsse für die Schadensbeurteilung haben die Beträge, die den Vertriebenen der Militärmaßnahmen der 1980er und 1990er Jahren zustehen, entweder willkürlich verringert oder deren Auszahlung ganz verweigert. Human Rights Watch hat die türkische Regierung aufgefordert, die Tätigkeiten dieser Ausschüsse einzustellen, bis ihre Arbeitsweise revidiert worden ist.

In einigen Fällen aber wurden wenigstens die Entschädigungszahlungen, die vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für vertriebene Familien empfohlen werden,

berücksichtigt. Diese Situation hat sich im Januar allerdings geändert, als der Gerichtshof den Antrag eines Dorfbewohners aus Tunceli (Fall „Icyer gegen die Türkei“) mit der Begründung ablehnte, bei dem Gesetz für Ausgleichszahlungen handle es sich um geltendes nationales Recht. Daraufhin wurden mehr als 1.500 bei diesem Gerichtshof anhängige Fälle abgelehnt. Als Grund wurde angegeben, dass die Antragsteller das geltende nationale Recht - also das Gesetz für Ausgleichszahlungen - noch nicht vollständig ausgeschöpft hätten.

Seit der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte im Fall Icyer verschlechterte sich die Umsetzung des Gesetzes weiter. Immer häufiger sieht es so aus, als ob die für die Schadensbeurteilung willkürliche und ungerechte Kriterien anwenden, wenn sie die Entschädigungssumme berechnen. Dies führte in zahlreichen Fällen zu äußerst niedrigen Ausgleichszahlungen.

Inzwischen ist die Frist für die Antragsstellung, die am 1. Januar 2007 ausgelaufen wäre, um ein Jahr verlängert. Sollte bis dahin nicht über die Anträge entschieden worden sein, so kann das Kabinett die Frist einmalig um ein weiteres Jahr verlängern. Innenminister Abdülkadir Aksu gab bekannt, dass in den 81 Provinzen insgesamt 104 Kommissionen mit der Feststellung der Schäden befasst seien. Von den 225.773 Anträgen seien bisher 44.639 bearbeitet worden und den Personen, die einen positiven Bescheid erhielten, sei eine Gesamtsumme von insgesamt knapp über 140 Millionen YTL ausgezahlt worden. Aksu gab des Weiteren bekannt, dass bisher 145.358 Personen wieder in ihre Dörfer zurückgekehrt seien.

(Agentur ANF, 6.12.06; DTF, 4.1.07, info@tuerkeiforum.net; Homepage: www.tuerkeiforum.net; Radikal, 14.1.07)

Mehrsprachige Kommunalverwaltung

Die Stadtverordnetenversammlung von Sur (Diyarbakir) beschloss ein Projekt, das vorsieht neben Türkisch auch Kurdisch, Syriani und Englisch als Sprachen für die Dienste der Verwaltung vorzusehen. Das Projekt sieht vor, dass Hinweisschilder in den Verwaltungsgebäuden in Türkisch und Kurdisch verfaßt und Mitteilungen der Stadtverwaltung in mehreren Sprachen gemacht werden sollen. Auch die Telefonzentrale soll künftig in mehreren Sprachen Auskunft geben können.

Eine 2006 durchgeführte Umfrage habe ergeben, dass in Sur 24 % der Einwohner türkisch, 72 % kurdisch, 4 % arabisch und 3 % armenisch sprechen. Deshalb müssten auch die Dienstleistungen der Stadtverwaltung mehrsprachig sein. Bei Neueinstellungen werde künftig mehrsprachigen Bewerbern der Vorzug gegeben. Die Schriftsprache solle jedoch türkisch bleiben.

Nur zwei Stunden nach Bekanntgabe des Stadtratsbeschlusses von Sur in Diyarbakir, Dienstleistungen künftig mehrsprachig anzubieten, hat das Innenministerium einen Inspektor zwecks näherer Ermittlungen nach Diyarbakir entsandt.

(ANF, 4.1.07, ISKU; Milliyet, 5.1.07; FR, 20.1.07)

Europagericht muss Klage der PKK verhandeln

Das europäische Gericht Erster Instanz muss die Aufnahme der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in die Terrorliste der Europäischen Union neu prüfen. Das Gericht habe die Klage von Osman Öcalan, dem Bruder von Abdullah Öcalan, nicht als

unzulässig abweisen dürfen, urteilte am 18. Januar der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg. (Az: C-229/05)
Die Terrorliste der EU wurde in Folge eines Beschlusses des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA eingerichtet, um terroristische Organisationen wirksamer zu bekämpfen. 2002 wurde die PKK in die Liste aufgenommen, ihre Konten wurden gesperrt. Noch im gleichen Jahr erklärte die PKK, sie löse sich auf und werde als demokratische und gewaltlose Organisation unter dem Namen Kongress für Freiheit und Demokratie in Kurdistan (Kadek) neu organisiert. Mit Urteil vom 15. Februar 2005 wies das Gericht Erster Instanz die Klage Öcalans als unzulässig ab: Nachdem er auch selbst erklärt habe, die PKK sei aufgelöst worden, habe er die Organisation nicht mehr vertreten können.

In oberster Instanz verwarf der EuGH diese Argumentation nun als widersinnig: Wenn eine Organisation von der EU mit Sanktionen belegt werde, müsse sie auch existieren. Andernfalls könne es Organisationen geben, die keine Klagemöglichkeit gegen ihre Aufnahme in die Terrorliste haben; das aber sei rechtlich nicht vertretbar. Öcalans Klage sei daher gültig, und das Gericht müsse inhaltlich über sie entscheiden.

(Berliner Zeitung, FR, 19.1.07)

Wir alle sind Mörder von Armeniern!

Dich haben sie
Nicht am 19. Januar 2007 getötet,
Du flügellahme Taube!
Mit ihren schmutzigen Händen ließen sie
ein Jahrhundert lang dein wundes Herz bluten
Und Tag um Tag haben sie
Deinen Vorfätern im Grab die Ruhe missgönnt
Und haben dich als ein Geschwür betrachtet,
Das herausgeschält werden muss
Als einen Nagel, der abgeschnitten
Und weggeworfen werden muss!
Dich haben sie Stunde für Stunde
Tag für Tag getötet, du Menschenbruder!
In Kabinettsitzungen und vor Gerichtstüren
In Fernsehstudios und Zeitungen
An Universitäten und Schulen
In Moscheen, in denen sie beten
An Festtagen, die sie feiern
In Flüchen und Beschimpfungen
Selbst an Raki-Tafeln
Haben sie immerzu über dich gesprochen

Die dich ermordeten,
Haben nun einen Chor gebildet
Und singen dir Klagelieder hinterher, Hrant!
„Hrant war ein guter armenischer Türke“ sagen sie
Und richten nun Mauern auf
zwischen dir und deinem Volk,
für dessen Rechte du dein Blut vergossen hast

Wusstest du, dass du so beliebt warst, Hrant!
Selbst die, die dich zu Lebzeiten mit
Flüchen allertürkischsten Kalibers bedachten,
Die nicht einmal deine Nachbarn sein wollten,
Die dich ängstlich und schreckhaft machten
Wie eine verletzte Taube
Selbst sie liebten dich, Hrant!
Sieh an, nicht ein einziger Türke,
Der dich nicht liebte!
Diese Herrschaften, die dich liebten,

Haben einmal mehr
So wie sie es taten, als du noch lebstest,
Auch nach deinem Tod
Dich für alles verantwortlich gemacht,
Indem sie sagten,
Du hättest der bevorstehenden Anerkennung des Genozids
Durch den US-Kongress,
Dessen Tagesordnung du durch deinen Tod über den Haufen
warfst,
Den Weg geebnet
Und sie brachten damit zum Ausdruck,
Deine Ermordung
Sei das Werk von finsternen Mächten im Ausland,
Ja sogar das Werk von Armeniern.

Du hast dich in ihnen getäuscht, Hrant!
Die kennen keine Scham
Keinen Respekt, nicht einmal für einen Toten
Wie auch,
Stände sonst nicht wenigstens
Für einen der eineinhalb Millionen noch ein Grabstein?
Eine Kirche?
Ein Kreuz?

Noch gestern, Hrant,
Ärgertest du dich über
Ferhan, der nicht einen einzigen Baum gepflanzt hatte,
Obwohl er an einem paradiesischen Ort
Mit Blick auf den Bosphorus lebte!
Ferhan aber sagte: „Wir haben doch nie die Früchte eines Baumes
essen können, den wir pflanzten“
Und fasste knapp und weise den Sachverhalt zusammen
Wurde es 2006 nicht zu den Akten genommen,
Dass du ein Fremder warst,
Obwohl du der wahre Besitzer jenes Bodens warst
Und obwohl du einen türkischen Pass mit Sichelmond und Stern
trugst?

Die Tat ist aufgeklärt, Hrant
Und zwar in weniger als 2 Tagen
Die Polizei, schneller noch als die in Filmen,
Hat den Mörder gefunden, als hätte sie ihn eigenhändig dort
abgestellt
Und übergeben
Der „hohen“ türkischen Justiz, die dich ein Leben lang verurteilte
Dem folgte die Erklärung, dass
„Der Mord keine politischen Hintergründe“ habe und der Mörder
„Nicht in Verbindung zu einer Organisation“ stehe
Unruhe und Sorge waren vorbei
Alle atmeten auf, Hrant.

Du bist der Schuldige, Hrant can,
Du und deinesgleichen
Insbesondere die Armenier und die Kurden
Und die aufgeklärten Köpfe, es sind keine Hundert
Vor den Augen der türkischen Gesellschaft
Seid ihr die Schuldigen
Und deshalb
Befand sich die türkische Fahne
In der Tasche des Mörders mit Namen Ogün Samast
Und deshalb
Wurde dir der Rang des Gefreiten verwehrt...

„Wir sind alle Armenier“
Fing man nach dir an zu sagen
Mir kommt dieses Schablonenhafte falsch vor
Vielmehr müsste man sagen:
„Wir alle sind Mörder von Armeniern“

Wir alle haben eine schmutzige Vergangenheit“
Wer ist der Mörder?
Sag du es, Kekê can,
Sag du es, verletzte Taube
Wirklich, wer ist der Mörder?

„Es könnte der Himmel auf Erden sein, ich will nicht weg,
Meine Wurzeln sind hier“ sagtest du.
Und bist jetzt mit deinen Wurzeln vereint, Hrant
Und 1, 5 millionenfach tief ist dein Platz
Friede deiner Seele
Nach Hayastan möge deine Erde duften!

Mehmet Sahin, 24. Januar 2007
Übersetzung: Hülya Engin

Erdogan: Irak ist dringender als EU

Premier Recep Tayyip Erdogan wurde in den türkischen Medien mit einer Bemerkung zitiert, die die Vermutung nahelegt, dass sich das Land strategisch umorientiert: "Der Irak ist zurzeit, im Vergleich zum EU-Prozess, zu einem vorrangigen Problem für die Türkei geworden", sagte Erdogan auf die Frage eines Reporters.

In der Türkei kreist die Debatte seit geraumer Zeit um eine denkbare Intervention im Irak, einerseits um gegen die kurdische PKK vorzugehen, andererseits um zu verhindern, dass die nordirakische Ölstadt Kirkuk dem kurdischen Autonomiegebiet im Irak einverleibt wird. Vor einer Fraktionssitzung seiner Partei sagte Erdogan nun erneut: "Wir werden nicht zusehen, wie Tatsachen geschaffen werden."

Die türkische Opposition forderte die Regierung offen auf, eine Militärintervention im Nachbarland Irak vorzubereiten. Das Parlament in Ankara müsse zu einer Dringlichkeitssitzung zusammentreten, um schon jetzt die Erlaubnis für einen möglichen Truppeneinmarsch zu beschließen, verlangte Oppositionschef Deniz Baykal. Das Parlament kam am 23. Januar zu einer Sondersitzung Irak unter Ausschluss der Öffentlichkeit zusammen. Die Protokolle dieser Sitzung sind 10 Jahre lang unter Verschluss.

Die Diskussion um eine Intervention hatte in den letzten Jahren mehrere Höhepunkte erlebt, aber zuletzt wieder nachgelassen, nachdem die Türkei einen amerikanischen Vorschlag akzeptierte, eine gemeinsame Clearing-Stelle zur Koordination des Vorgehens gegen die PKK zu schaffen. Manche Beobachter werteten dies als Verzögerungstaktik der USA, um die Türkei eine Weile lang zu beruhigen, ohne etwas zu unternehmen. Zugleich gab es Medienberichte, wonach die USA den iranischen PKK-Ableger PJAK benutzen, um im Iran Unruhe zu stiften.

Nun erklärte Erdogan öffentlich, die Koordinationsstelle habe bislang nicht das geringste Resultat gebracht. Zugleich nannte er die USA einen "angeblichen" Verbündeten. Damit reagierte er auf eine Äußerung des scheidenden US-Botschafters im Irak, Zalmay Khalilzad, der gesagt hatte, Kirkuk sei "irakische Innenpolitik - andere Staaten dürfen sich nicht einmischen". Dazu Erdogan: "Ich darf keine Meinung äußern über ein benachbartes Land und über Kirkuk, wo Menschen leben, die mit uns verwandt sind (gemeint ist die turkmenische Minderheit, die Red.), aber die USA selbst, angeblich unser strategischer Verbündeter, dürfen es. Dort soll sich die Terrororganisation niederlassen, und wir sollen als Türkei nichts dazu sagen. Das kann nicht sein."

(Die Welt, 16.1.07, M und Yeni Özgür Politika, 24.1.07)

Barzani: Wir sind ein Teil der Lösung

"Wir sind und bleiben Teil des Irak – solange der Staat föderalistisch, pluralistisch und demokratisch ist", so der Präsident der Autonomen Region Kurdistan, Massud Barzani. "Natürlich haben wir den Traum von Kurdistan – aber man muss sich Ziele setzen, die erreichbar sind. Während alle Welt täglich die Nachrichten von Blutvergießen und Terror in Bagdad sieht, solle sie auch würdigen, dass in diesem Teil des Landes friedlich am Wiederaufbau gearbeitet wird. Wir waren und sind nicht ein Teil des Problems, sondern der Lösung".

"Wie jedes andere Volk der Welt haben auch die Kurden das Recht auf einen eigenen Staat", bekräftigt Barzani. "Aber wir sind realistisch. Deshalb arbeiten wir heute für den Aufbau eines föderalen, demokratischen und pluralistischen Irak". Eigenstaatlichkeit werde erst kommen, "wenn die Zeit und die Umstände dafür reif sind".

Dass jetzt auch kurdische Einheiten in Bagdad eingesetzt werden sollen, unterstützt Barzani: Diese Truppenteile gehörten zur irakischen Armee und unterstehen der Zentralregierung in Bagdad. Dass die Sicherheitslage im Norden dadurch prekärer werden könnte, verneint er: "Wir haben unser System installiert". Insgesamt sollen drei Bataillone kurdischer Peshmerga aus Dohuk, Erbil und Suleimaniya nach Bagdad verlegt werden und dort als Puffer zwischen den rivalisierenden Schiiten und Sunniten agieren.

Barzani tritt vehement dafür ein, dass das umstrittene Referendum über die Zukunft der auch von Arabern und Turkmenen beanspruchten Ölregion um Kirkuk im Herbst 2007 stattfindet: "Kirkuk ist eine irakische Stadt mit kurdischer Identität." Das Referendum nicht abzuhalten wäre "eine Katastrophe". Die Aussage des türkischen Premiers Recep Tayyip Erdogan, die Türkei werde ein kurdisches Kirkuk nicht akzeptieren, sieht er gelassen: "Er muss Wahlkampf führen". Die Türkei solle sich nicht in innere Angelegenheiten des Irak einmischen. (Die Presse, 24.1.07; Wiener Zeitung, 23.1.07)

Kurdisches Parlament zu türkischen Drohungen

Einen Tag nach der geschlossenen Sitzung des türkischen Parlamentes zum Themenbereich Irak trat das Parlament Kurdistan in Hewler/Erbil zum Thema „Drohungen und Einmischung der Türkei in die inneren Angelegenheiten der Region „Föderales Kurdistan“ zusammen, um gegen die türkischen Drohungen öffentlich zu debattieren. Mit einem Sechs-Punkte-Papier hat das Parlament der Föderalen Region Kurdistan deutlich gemacht, eine Intervention der Türkei sowie eine Verschiebung des Referendums zu Kerkuk nicht zu akzeptieren seien. Auch die Regierung des Iraks sei aufgefordert, Interventionen ausländischer Staaten zu unterbinden. Die USA, Großbritannien sowie die EU sollten zum gleichen Zweck Druck auf die Türkei ausüben. (ANF, 25.1.07)

Peshmerga verhindern Einmarsch türkischer Truppen

Peshmerga haben den Grenzübertritt von in Silopi stationierten türkischen Truppen nach Zaxo verhindert. Auch ein zweiter Versuch, über Demirköprü in der Nähe des Grenzübergangs Habur nach Südkurdistan einzudringen, wurde von kurdischen Kräften unterbunden. Daraufhin wurde der Grenzübergang Habur geschlossen, der Treibstoffgüterverkehr von der Türkei

nach Südkurdistan unterbrochen und Dörfer in der Umgebung von Zaxo mit Raketenwerfern beschossen. Im Grenzgebiet wurden Kriegsflugzeuge gesichtet. Nach ein Paar Tagen wurde der Grenzübergang wieder geöffnet und Treibstoffgüterverkehr wieder aufgenommen. (DIHA, 28.1.07, ISKU)

Ralston besucht Maxmur

Der PKK-Koordinator der USA, General a.D. Joseph Ralston, hat das Flüchtlingslager Maxmur in Südkurdistan besucht. Begleitet wurde er von einer Abordnung des US-Konsulats in Mosul sowie des UN-Verantwortlichen für den Irak, Dindar Zebari. In der Lagerdirektion traf Ralston mit dem Landrat von Maxmur, dem Lagerverantwortlichen für Außenbeziehungen sowie dem Bürgermeister der Selbstverwaltung des Lagers zusammen. Nach eigenen Aussagen soll Ralston das Flüchtlingslager besucht haben, um die bestehenden Probleme vor Ort mit eigenen Augen zu sehen. Der PKK-Koordinator verwies auf die Durchsichtigung des Lagers vor gut einer Woche; diese habe aufgrund der Behauptung stattgefunden, dass im Lager Waffen seien. Er selbst werde jetzt in die Türkei weiterreisen, wo er weitergeben werde, dass die Aussage, das Lager werde als Hauptquartier der PKK genutzt, falsch sei. Weiterhin wollte Ralston über den Wunsch der Flüchtlinge, in ihre Dörfer zurück zu kehren, informiert werden. Die Maxmur-Verantwortlichen wiederholten daraufhin, eine Rückkehr sei an eine demokratische Lösung der kurdischen Frage gekoppelt.

(ANF, 29.1.07, ISKU)

Behic Asci beendet Todesfasten

Das Justizministerium veröffentlichte am 22. Januar ein Rundschreiben, das die Benutzung gemeinsamer Räume durch Gefangene in den F-Typ-Gefängnissen betrifft. In dem Rundschreiben wurde festgelegt, dass die Gefangenen für Gespräche in Gruppen von höchstens 19 Personen und für längstens 10 Stunden je Woche zusammenkommen dürfen. Den Gefangenen war zuvor erlaubt worden, 5 Stunden je Woche gemeinsam zu verbringen. Dem Rundschreiben zufolge dürfen Gefangene an Übungen, Sport, sozialen und kulturellen Aktivitäten teilnehmen, abhängig von ihren Straftaten, Interessen, Fähigkeiten und ihrem Verhalten im Gefängnis. Der Vorsitzende der türkischen Ärztekammer Gencay Gürsoy, DISK-Präsident Süleyman Çelebi, Kazim Kolcuoglu, der Vorsitzende der Istanbul Anwaltskammer und Vertreter von zivilgesellschaftlichen Organisationen besuchten Behic Asci, der am 293. Tag seiner Todesfasten-Aktion war. Gürsoy verkündete nach dem Besuch, dass Asci nach dem Lesen des Rundschreibens entschied, seine Aktion zu unterbrechen. Asci wurde zu einer gesundheitlichen Untersuchung in das Istanbul Universitätskrankenhaus gebracht. Gürçan Görüroglu - im Gefängnis Adana - und Sevgi Saymaz - im Gefängnis Usak - unterbrachen ebenfalls ihre Aktionen.

(Milliyet, 23.1.07, junge Welt, 25.01.2007)

Ibrahim Güclü nach § 301 verurteilt Verfahren gegen Eren Keskin

Der kurdische Jurist und Schriftsteller Ibrahim Güclü ist am 24. Januar 2007 vom 5. Strafgericht in Diyarbakir zu einer Haftstrafe von 1 Jahr und 6 Monaten verurteilt worden. Ibrahim Güclü wurde am 2. Dezember 2005 nach Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches (StGB) wegen „Verunglimpfung des

Türkentums und der Republik Türkei“ angeklagt, da er auf einer Kundgebung am 2. August 2005 den Mord an 33 kurdischen Bauern im Jahre 1943 angeprangert hatte. Das Strafgericht setzte sein Urteil nicht zur Bewährung aus mit dem Argument, dass der Angeklagte seinem Verhalten nach das „Vergehen“ weiterhin begehen würde. Ibrahim Güclü ist ein bekannter Menschenrechtler und Schriftsteller, der bisher wegen seiner Äußerungen über die Kurdenfrage und die Vergehen des Staates mehrmals angeklagt wurde.

Bisher wurden mehrere Personen in der Türkei unter Anwendung des Artikels 301 des türkischen StGB angeklagt und zum Teil verurteilt. Zuletzt wurde der armenische Journalist Hrant Dink nach dieser Vorschrift zu 6 Monaten Haft verurteilt und zur Zielscheibe einer nationalistischen Hetzkampagne gemacht, die zu seiner Ermordung am 19. Januar geführt hat. Der türkische Schriftsteller und Nobelpreisträger Orhan Pamuk konnte von der Verurteilung nach Artikel 301 verschont bleiben, nachdem der internationale Druck und Protest, insbesondere seitens der Europäischen Union (EU), die Richter dazu veranlasst hatten, das Klageverfahren fallen zu lassen. Gegen die kurdische Menschenrechtlerin und Anwältin Eren Keskin wurde ebenfalls ein Gerichtsverfahren auf der Grundlage dieser Vorschrift eingeleitet. Keskin wird zur Last gelegt, im Jahr 2004 auf einer Veranstaltung zum Thema Menschenrechte im DEHAP-Parteigebäude in Cerkezköy mit den Worten „Die offizielle Geschichte der Türkei ist eine schmutzige Geschichte“ das „Türkentum erniedrigt“ zu haben. Nach Paragraph 301 laufen mindestens fünf Prozesse oder Ermittlungsverfahren gegen die ehemalige Vorsitzende der Istanbul Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD.

(Milliyet, Yeni Safak, 25.1.07)

Pro Humanitate e.V. unterstützte die Flutopfer in Batman

Nach Hakkari, Van, Diyarbakir und Dersim, war Batman das neue Einsatzgebiet von Pro Humanitate e.V.



Batman nahm wie Diyarbakir und Van in den vergangenen Jahren Hunderttausende Vertriebene aus den umliegenden Ortschaften auf und verwandelte sich zu einem größeren Dorf. Batman wurde Anfang November 2006 von einer Flutkatastrophe heimgesucht. Dadurch verloren viele Menschen ihr Leben. Es wurden etwa 12.000 Häuser beschädigt und zehntausende Menschen wurden mit einem Schlag obdachlos.

Ein Teil dieser Menschen haben Obdach bei den Verwandten innerhalb und außerhalb der Stadt gefunden. Ein Teil erhielt vom Staat 1.500 YTL (umgerechnet etwa 800 € für ein Jahr Miete), um in eine Mietwohnung zu ziehen. Dies trieb wiederum die Mietpreise in die Höhe. Außerdem gibt es in der Stadt nicht genügend Häuser, um alle Flutopfer unterzubringen. Ein Teil lebt immer noch in drei Containerlagern, etwa 350-400 Familien.

In einem 8 Quadratmeter großen Container muss eine ganze Familie leben. Unter Wintertemperaturen müssen halbnackte Kinder, sommerlich gekleidete Frauen und alte Menschen den Alltag in einem Container bemeistern: Schlafen, essen, sitzen, ausruhen und für die Schule lernen. Das alles muss in einem 8 Quadratmeter großen Metallcontainer, der vielleicht für Sommer aber nicht für Winter und nicht für größere Familien geeignet ist, vollbracht werden. Um die Familien aus den Containern zu treiben, hat das Gouverneursamt die Vergabe der Gasflaschen, die für Kochen und Heizen genutzt wurden, eingestellt.

Die Bewohner der Container sind bereit in eine Mietwohnung einzuziehen. Aber sie müssen erstens vorhanden und zweitens bezahlbar sein. Unter diesem Dilemma müssen sie in Minustemperaturen in schneereichen Batman den Winter überleben.

An unter diesen Umständen lebenden 700 Familien in Batman hat Pro Humanitate e.V. im Dezember 2006 Grundnahrungsmittel verteilt. Die in den Containerlagern „Yüz Evler“, „Ücyüz Evler“ und „19 Mayıs“ verteilten Rationen bestanden aus je 5 kg Reis, Nudeln, Weizengrütze, Linsen, Zucker und Speiseöl sowie 2 kg Tomatenmark, d.h. insgesamt 32 kg je Familie und insgesamt 22,4 Tonnen.

Da die Vertriebenenfamilien und Flutopfer keine Möglichkeit hatten selber Brot zu backen, wurden die für 700 Familien vorgesehene 35.000 kg Mehl der Kommune überlassen. In ihrer Brotfabrik werden sie dieses von Pro Humanitate für 700 Familien überlassene Mehl in Brot verarbeiten und täglich frisch verteilen.

Somit ist die Zahl der Familien, die von Pro Humanitate seit 1996 Hilfe zum Überleben erhielten, auf etwa 38.000 Familien (über 340.000 Menschen) gestiegen.

Ohne die tatkräftige Unterstützung der Missionszentrale der Franziskaner, des Arbeiter-Samariter-Bundes, Päpstlichen Kindermissionswerks Aachen und Caritasverbandes hätte Pro Humanitate diese Nothilfe nicht leisten können.

Über die Hilfsverteilung berichtete die lokale Presse: „Batman Baris Gazetesi“, „Batman Postasi“, „Batman Umut Gazetesi“, „Batman Günlük siyasi Gazete“, „Cagdas Batman“ und „Batman Petrol“.



Die Kommune in Batman unterstützte die Durchführung des Projektes tatkräftig. Dutzende von Helfer und 2 Kleintransporter wurden zur Verfügung gestellt. Dafür bedankt sich Pro Humanitate e.V. sehr. Auch den Leitungen der drei Containerlager, die sehr hilfs- und kooperationsbereit waren, ist zu danken.

Die vertriebenen und von der Flutkatastrophe heimgesuchten Familien sowie die Kommune bitten dringend, weiterhin für Batman tätig zu werden.

Pro Humanitate e.V. hofft, dass es die seit 1996 durchgeführte humanitäre Hilfe auch in Zukunft mit Ihrer Unterstützung fortsetzen kann. Mit 40-50 Euro können Sie eine kinderreiche Familie mit Grundnahrungsmitteln bestehend aus 50 kg Mehl und je 5 kg Reis, Nudeln, Weizengrütze, Linsen, Öl, Zucker sowie 2 kg Tomatenmark und Gemüse und Obst unterstützen.

Für Spenden: Pro Humanitate e.V., Konto: 10 262 533, BLZ: 370 501 98, Sparkasse KölnBonn. Spenden sind steuerlich abzugsfähig.

MAF-DAD- Verein für Demokratie und internationales Recht gegründet

„Anlässlich des 58. Jahrestages der Verabschiedung der Internationalen Menschenrechtsdeklaration geben wir die Gründung des Vereins „MAFDAD - Verein für Demokratie und internationales Recht“ bekannt. In dem Verein haben sich namhafte JuristInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und andere engagierte Persönlichkeiten zusammengeschlossen mit folgenden Zielsetzungen:

- Kritische Beobachtung und Kommentierung der Beitrittsverhandlungen EU/ Türkei
- Fortentwicklung von Demokratie und Menschenrechten im 21. Jahrhundert

Wir sind der Meinung, dass Rechte und Freiheiten der Menschen nicht geschützt werden können, wenn der Zusammenhang zwischen der diskriminierenden Sicherheitspolitik westlicher Staaten und klassischen Rechtsverletzungen in Staaten wie z.B. der Türkei übersehen wird, wir wollen gegen beides kämpfen. Wir laden alle Interessierten herzlich zur Mitarbeit ein. „

Für den Vorstand: Anni Pues - Rechtsanwältin, Mahmut Sakar – Rechtsanwalt, Prof. Dr. Norman - Paech Mitglied des Deutschen Bundestages, Rolf Gössner - Rechtsanwalt / Publizist, Heike Geisweid - Rechtsanwältin, Dr. Jürgen Schneider – Rechtsanwalt.

Kontakt: Tel: Fax: +49 (0) 221 / 2226342, info@mafdad.org, www.mafdad.org

NEWROZ Delegationen 2007

Yek-Kom organisiert auch dieses Jahr Delegationen zum kurdischen Neujahrsfest Newroz. In der Einladung ist zu lesen: „Zu den aktuellen Newroz Festlichkeiten erwarten wir Delegationen demokratischer und friedensbestrebter Menschen, von Organisationen und Persönlichkeiten aus Europa und der ganzen Welt.“

Seien Sie herzlich dazu eingeladen, mit Ihrer Delegationsteilnahme die Verhandlungsphase der Türkei in die EU zu begleiten. Informieren Sie sich bei der zivilgesellschaftlichen Organisationen u.a. Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, Berufsverbände vor Ort in wie weit die Kopenhagener Kriterien umgesetzt werden und wo und wie gemeinsam an der EU-Fähigkeit gearbeitet werden kann.“

Weitere Informationen unter: yekkom@gmx.net, Tel:+49(0)2111711452,Fax:+49(0)2111711453

Neuerscheinungen

Einbruch ins verschlossene Kurdistan

Gottfried Johannes Müller

Im Jahre 1935 reist Gottfried Johannes Müller mit Fahrrad, Freund und 60 Reichsmark ins Heilige Land. Dann führt ihn die Reise nach Bagdad. Von dort aus versucht er mit seinem Begleiter, einem österreichischen Studenten, nach Kurdistan einzudringen, das seinerzeit hermetisch abgeriegelt war und aus dem kaum ein Fremder lebendig herausgekommen ist. Der spannende Reisebericht wurde erstmalig 1937 veröffentlicht. Die zweite Auflage erschien 1956.

Zu beziehen bei: Dr. Ronald Henss Verlag, 2006, ISBN 3-939937-00-2, 161 Seiten, 24 Schwarz-Weiß-Fotos, 12,60 Euro, Tel: 06897-766326, verlag@ronald-henss-verlag.de

Internationale Friedensarbeit

Impulse eines internationalen Austausches

Einsichten in Konzepte und Praxis von AkteurInnen der Trainingsarbeit zur Gewaltprävention, zur konstruktiven Konfliktbearbeitung und -transformation zu bekommen, war eines der Ziele des internationalen Fachseminars, an dem TrainerInnen aus Russland, Serbien, Bosnien-Herzegowina, der Türkei und Deutschland teilnahmen.

In der Handreichung werden die präsentierten Ansätze und Methoden in ihrem jeweiligen gesellschaftlichen Kontext detailliert und als Anleitung für die eigene Trainingsarbeit vorgestellt. Am Ende finden sich weiterführende Fragestellungen, die helfen können, die Wirkung von Trainings hinsichtlich der Gewaltminderung und Friedensgestaltung zu reflektieren und zu steigern.

Die Handreichung ist auf Englisch oder auf Deutsch gegen Portokosten erhältlich. Bei Bestellung bitte angeben.

Herausgeber: UMBRUCH-Bildungswerk, Autor/in: Jan Brauns, Jakob Hausmann, Gudrun Knittel, Christiane Möcker, 90 Seiten, ISBN: 3-931729-27-3 (deutsch), ISBN: 3-931729-26-5 (englisch), Bestell-Nr.: 4-2006-2, Brauns.Moecker@t-online.de

Broschüre: Quo vadis, Türkei? –

Der EU-Beitritt aus Sicht von Menschenrechtsorganisationen und Minderheiten / Notizen einer Studienreise

Offiziell wurde der Türkei der Status eines EU-Beitrittskandidaten zuerkannt und die Aufnahmegespräche haben begonnen. Wo aber steht die Türkei beispielsweise in Fragen der Achtung der Menschenrechte, im Umgang mit ethnischen und religiösen Minderheiten, bei den Frauenrechten, bei der Umsetzung grundlegender rechtsstaatlicher Prinzipien? Welche Rolle spielt heute noch das Militär in der Türkei - und kann diese Rolle in Einklang gebracht werden mit dem Demokratieverständnis der EU-Staaten? Wie steht es mit dem Recht auf Kriegsdienstverweigerung?

Die Broschüre dokumentiert Bewertungen und Einschätzungen von Menschen, die in der Türkei als Angehörige von ethnischen oder religiösen Minderheiten, als Menschenrechtler, als Kriegsdienstverweigerer oder als Frauenrechtlerinnen aktiv sind.

Herausgeber: UMBRUCH-Bildungswerk, Autor/in: Ralf Kaufeldt, Christiane Möcker, u.a., 94 Seiten, Preis: 4,50 Euro, ISBN: 3-931729-25-7, Bestell-Nr.: 4-2006-1, Brauns.Moecker@t-online.de

Handbuch: Es soll dir gut gehen!

50 Workshops für die sozialtherapeutische Arbeit mit traumatisierten Kindern und Erwachsenen.

Seit 1992 nimmt sich die Autorin, gemeinsam mit der Gruppe "Zdravo da ste / Es soll dir gut gehen" der Flüchtlinge und Opfer des Bürgerkriegs in Jugoslawien an und entwickelt Programme zur sozialen Integration und psychosozialen Unterstützung von Kindern

und Erwachsenen. Aus dieser Arbeit entstanden die Workshops dieses Manuals.

Die einzelnen Übungen sind für Fachkräfte konzipiert, aber so klar, anschaulich und praktisch beschrieben, dass auch engagierte Laien sie durchführen können.

Herausgeber: UMBRUCH-Bildungswerk, Autor/in: Vesna Ognjenovic, Dt. Bearbeitung: Jan Brauns, Christiane Möcker, 206 Seiten, Preis: 19,50 Euro, ISBN: 3-7799-2056-5, Bestell-Nr.: 4-2005-1, Bezugsquelle: Buchhandel, Brauns.Moecker@t-online.de

Der Beitritt der Türkei zur Europäischen Union aus der kurdischen Perspektive

Sebahattin Topçuoğlu

Die Lage des kurdischen Volkes in der Türkei ist erneut in eine kritische Phase eingetreten. Die Hoffnungen auf eine Verbesserung der Lebensbedingungen, die sich an die Erklärung von Ministerpräsident Erdogan, es gäbe eine kurdische Frage, die er lösen wolle, sowie an die Änderung von Verfassung und einiger Gesetze geknüpft hatten, haben sich nicht erfüllt. Die Gesetzesinitiativen waren zweifelsohne in Zusammenhang mit dem Bestreben entstanden, die Bedingungen für einen Beitritt zur Europäischen Union zu verbessern.

Die vorliegende Untersuchung von Sebahattin Topçuoğlu ist die erste dem deutschen Publikum vorgestellte Befragung kurdisch-türkischer Politiker, Intellektueller und Geschäftsleute zu ihrer Ansicht über den geplanten Beitritt der Türkei zur EU.

Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Norman Paech.

Bestelladresse: ISBN 3-938372-06-0 • 176 Seiten • 12 Euro, GNN-Verlag, Fax: (0 40) 43 18 88 21, gnn-hhsh@hansenet.de

Völkermord oder Umsiedlung?

Das Schicksal der Armenier im Osmanischen Reich

Jörg Berlin / Adrian Klenner

„Wer redet heute noch von der Vernichtung der Armenier?“ So Adolf Hitler vor dem deutschen Überfall auf Polen, um seinen Militärs etwaige Skrupel zu nehmen. Das bedeutet, dass jede Erinnerung an einen Völkermord helfen kann, den nächsten zu verhindern. Das Buch bietet im ersten Teil einen Abriss der armenischen Geschichte sowie eine Analyse von Ursachen und Ablauf des Genozids von 1915/16. Den zweiten Teil bildet eine nach Problemen geordnete Sammlung von Quellen. Daraus ergibt sich für die türkische Seite ein Unterschied zwischen Tätern und Menschen, die zu helfen versuchten. Deutlich wird ferner die Mitverantwortung der deutschen Politik.

Bestelladresse: Papyrossa Verlags GmbH & Co. KG, Fax: 0221-444305, mail@papyrossa.de, ISBN: 3-89438-346-1, 420 Seiten.

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de, www.mesop.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de,

http://www.navend.de/

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org,

http://www.pen-kurd.org/